

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 16/2024 vom 18.04.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- *Wielowieyska: Nicht ohne Grund konzentrierte sich Donald Tusk auf die Städte mit Oberbürgermeistern*
- *Lewicka: Haben die PiS-Politiker Angst bekommen? Eine deutliche Veränderung ist in ihrem Verhalten zu erkennen*
- *Russland spielt Roulette mit Europa. Es nutzt die Tatsache aus, dass wir die aufeinanderfolgenden Krisen nicht aufgearbeitet haben*
- *Wir sind vom Krieg bedroht und Europa wird von Buchhaltern regiert*
- *Wenn wir der Ukraine nicht helfen, werden wir den Krieg bei uns haben*
- *Neue polnische Fäden in der Russiagate-Affäre. Ein ungarisches Portal, eine polnische Wochenzeitung und ein russischer Propagandist*

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczko und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

Wielowieyska: Nicht ohne Grund konzentrierte sich Donald Tusk auf die Städte mit Oberbürgermeistern



Quelle: wyborcza.pl

Von **Dominika Wielowieyska**

Kaczyński mag in vier bis fünf Woiwodschaften an die Macht gekommen sein. Aber obwohl die PiS gewonnen hat, hat sie verloren.

Keine Partei kann mit dem Ergebnis der Kommunalwahlen zufrieden sein. Obwohl die PiS bei den Wahlen zu den Woiwodschaftsparlamenten das beste Gesamtergebnis erzielte, wird sie in einigen Regionen an Macht verlieren. Die Bürgerkoalition gewann in neun Regionalversammlungen, die PiS in sieben. Ein Sieg in einer bestimmten Provinz bedeutet jedoch nicht, dass die PiS dort regieren kann.

Im Jahr 2018 gewann die PiS in neun Versammlungen und regierte in acht für den größten Teil der Amtszeit. Heute besteht keine Chance mehr, dass das passiert. Die Partei von Jarosław Kaczyński könnte in drei bis fünf Provinzen an der Macht sein. Darüber hinaus sind die Ergebnisse der PiS schlechter als die von 2018 und vom letzten Jahr. Der Abstand zwischen PiS und KO schrumpft stetig.

Aber auch die Bürgerkoalition hat Grund zur Sorge. Sie wollte diese Wahl in ein Plebiszit gegen die PiS verwandeln und sie zu einer zweiten Runde der Parlamentswahlen machen, aber das ist ihr nicht gelungen - die PiS liegt auf Platz eins. Gescheitert ist auch die Wahlbeteiligung, die deutlich niedriger war als am 15. Oktober letzten Jahres. Nicht ohne Grund konzentrierte sich Premierminister Donald Tusk in der Wahlnacht auf den Sieg der Oberbürgermeister der Städte und sprach nicht über das Ergebnis zu den Parlamenten. Er wusste schon vorher, dass die KO als Zweite ins Ziel einlaufen würde.

Interne Umfragen ergaben einen großen Abstand zwischen den beiden Formationen, der sich - je näher der Wahltermin rückte - leicht verringerte. Der Vorsprung der PiS blieb jedoch bestehen. Vielleicht ist die geringere Mobilisierung darauf zurückzuführen, dass der Ministerpräsident erst kurz vor der Wahl in den Wahlkampf einstieg.

Tusk hat möglicherweise zu Unrecht die Koalition mit der Linken aufgegeben

Hätte er sie mit ins Boot geholt, hätte er die PiS in diesem Ranking überholt. Er glaubte jedoch, dass die Bürgerkoalition Kaczyński allein besiegen würde. Es zeigte sich, diesmal nicht. Tusk wollte die Linke aber auch deshalb nicht dabei haben, weil er einige ihrer Politiker aus ihren stellvertretenden Ministerämtern entfernen will. Da sich *Razem* nicht mit der Regierung identifiziert, sei die Linke in seinem Kabinett überrepräsentiert, und es gebe generell zu viele stellvertretende Minister, von denen sich zudem einige - nach Tusks Meinung - nicht überarbeiten würden.

Auch der Dritte Weg hat nichts, worüber er sich freuen könnte. Die PSL hat bei den Kommunalwahlen in der Regel ein viel besseres Ergebnis erzielt als bei den Parlamentswahlen, und das war diesmal nicht der Fall: Der Dritte Weg erhielt einen ähnlichen Prozentsatz der Stimmen wie am 15. Oktober. Dies ist ein Zeichen für eine ernsthafte Schwächung der Partei Polen 2050.

Der Dritte Weg könnte ins Wanken geraten, wenn Tusk die PSL davon überzeugt, bei den Europawahlen gemeinsam mit ihm anzutreten, und die Bauernpartei dazu nicht Nein sagt. Beide Parteien könnten von dieser Verbindung profitieren und gehören beide der Europäischen Volkspartei an. Tusk wäre bereit, auch Polen 2050 in die Koalition aufzunehmen, aber diese Formation ist gespalten. Viele Politiker bevorzugen einen unabhängigen Start und glauben, dass es das Ende des Dritten Weges bedeutet, wenn die PSL eine Koalition mit der KO eingeht.

Die meisten Sorgen hat die Linke, da sie ein schlechteres Ergebnis als bei den Parlamentswahlen erzielt hat und sich von der Konföderation überholen ließ. Die Linke ist jedoch gespalten: *Razem* geht ihren eigenen Weg und Włodzimierz Czarzasty und Robert Biedroń gehen ihren Weg, z. B. in Krakau bevorzugt *Razem* Łukasz Gibała, während der Rest der Linken den KO-Kandidaten Aleksander Miszalski unterstützt.

Die Konföderation ist relativ zufrieden, aber ihr Optimismus ist übertrieben: Sie haben ihre Werte etwas verbessert, aber das ist nicht das Ergebnis ihrer Arbeit, sondern ihres Bündnisses mit parteilosen Kommunalpolitikern, die bei den Kommunalwahlen eine wichtige Rolle spielen.

Die größten Überraschungen bei den Oberbürgermeisterwahlen

Vor allem in Krakau. Der unabhängige Kandidat Łukasz Gibała war der klare Favorit, aber - wie sich nicht nur in Krakau herausstellte - haben die Umfragen versagt. Und so übersprang der Kandidat der Bürgerkoalition, Abgeordneter Aleksander Miszalski, Gibała in der ersten Runde. Der Besuch von Tusk in Kleinpolen könnte von Bedeutung gewesen sein. Die KO-Mitarbeiter identifizieren ziemlich genau die Orte, an denen die Ankunft des Regierungschefs von Bedeutung sein könnte und das Gleichgewicht des Sieges zugunsten der KO-Seite kippen könnte. Die Untersuchungen haben gezeigt, dass Kleinpolen ein solcher Ort ist. Das Endergebnis der Rivalität zwischen Miszalski und Gibała ist schwer vorherzusagen. Beide führen einen intensiven Wahlkampf, und in Krakau ist Feuer im Wahlkampf, denn beide scheuen sich nicht vor gegenseitigen Anschuldigungen und harschen Worten.

Eine Überraschung ist auch, dass der langjährige Oberbürgermeister von Gdynia, Wojciech Szczurek, nicht einmal in die zweite Runde gekommen ist. Jacek Sutryk, der Oberbürgermeister von Wrocław, ist in ernsthaften Schwierigkeiten, denn obwohl er von Tusk unterstützt wurde, ist die lokale Bürgerplattform nicht für ihn. Er hat ehemalige Oberbürgermeister von Wrocław gegen sich. Deshalb wird Izabela Bodnar vom Dritten Weg in der zweiten Runde gegen ihn antreten und ist nicht chancenlos zu gewinnen.

In der zweiten Runde werden Konrad Fijołek in Rzeszów und Jacek Jaskowiak in Poznań um ihre Wiederwahl kämpfen müssen. Sie werden wahrscheinlich gewinnen, aber die Tatsache, dass es in der ersten Runde nicht geklappt hat, schwächt ihre Position.

Biejat, neue Führerin der Linken?

Am letzten Tag des Wahlkampfes unterstützte Tusk nachdrücklich Rafał Trzaskowski. Der amtierende Oberbürgermeister von Warschau hat ein etwas besseres Ergebnis als 2018 erzielt und seine Position als möglicher Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen gestärkt.

Auch in Warschau haben die Umfragen versagt: Mindestens zwei zeigten, dass der PiS-Kandidat Tobiasz Bocheński ein schlechteres Ergebnis erzielen könnte als Magdalena Biejat von Lewica Razem, die mit Trzaskowski in die zweite Runde gehen könnte. Nichts dergleichen. Biejat erhielt das dritte Ergebnis - fast 13 Prozent - und das ist ein kleiner persönlicher Erfolg für sie, da sie vor dem Hintergrund der schwachen landesweiten Ergebnisse der Linken nicht allzu schlecht abschneidet (wenn auch schwächer, als die ersten Exit-Poll-Ergebnisse andeuteten). Bocheński muss erleichtert aufatmet, wenn nicht gar sich selbst beglückwünscht haben - er ist nicht nur Zweiter geworden, sondern mit einem Ergebnis von über 23 Prozent und nicht 9 Prozent, wie die Umfragen anzeigten. Das ist zwar immer noch deutlich schlechter als das Ergebnis seines Vorgängers Patryk Jaki, der 2018 in Warschau als Trzaskowskis Herausforderer antrat. Aber es ist ein ähnliches Ergebnis wie das der PiS in Warschau am 15. Oktober letzten Jahres. Für Biejat ist es ähnlich: In der Hauptstadt hatte die Linke damals 12 Prozent der Stimmen.

Bei den Kommunalwahlen ist das eingetreten, was die Bürgerkoalition befürchtet hat: Die Wähler der Koalition haben am 15. Oktober beschlossen, dass die Bedrohung vorbei ist, weil die PiS entmachtet wurde, so dass es keine Dringlichkeit gab, zur Wahl zu gehen.

Die PiS bleibt eine wichtige Kraft auf der politischen Bühne und Jarosław Kaczyński hat seine Macht innerhalb der Partei gefestigt. Recht und Gerechtigkeit hat - wie die IPSOS-Analyse zeigt - eine große Stammwählerschaft, die die Partei konsequent unterstützt und loyal ist. Sie ist die stabilste Wählerschaft von allen Parteien. Die Wählerschaft des Dritten Weges ist die am wenigsten stabile, und hier sind die Wählerströme im Vergleich zu den Parlamentswahlen beträchtlich. Deshalb wird Donald Tusk wahrscheinlich mit noch größerem Eifer vorgehen, um die PSL davon zu überzeugen, bei den Europawahlen im Juni gemeinsam anzutreten, damit die PiS hier nicht die Vorrangstellung gewinnt. Dies ist vor allem im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr wichtig, denn es geht darum, den Trend zu verdeutlichen, dass die Unterstützung für die PiS langsam schmilzt.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7.124059.30868990.wielowieyska-nie-bez-powodu-tusk-koncentrowal-sie-na-prezydentach.html>



www.mleczko.pl

**DIE IMMOBILIE HAT IHRE NACHTEILE,
ABER ANGESICHTS DER GALOPPIERENDEN IMMOBILIENPREISE IST
DIES EINE EINZIGARTIGE GELEGENHEIT**

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Lewicka: Haben die PiS-Politiker Angst bekommen? Eine deutliche Veränderung ist in ihrem Verhalten zu erkennen



Quelle: natemat.pl

Von **Karolina Lewicka**

Das Erstaunlichste an der achtjährigen Herrschaft von Jarosław Kaczyńskis Untergebenen war der weit gehende Mangel an Überlegungen über die nahe und etwas entfernte persönliche und politische Zukunft. Schließlich ist die PiS durch Wahlen an die Macht gekommen, und obwohl sie durch ihr Handeln versucht hat, die Chancen ihrer politischen Gegner auf einen Wahlsieg zu minimieren, sollte sie eine solche Wendung der Ereignisse in Betracht ziehen. Dies wird als strategischer Pessimismus bezeichnet, d. h. die Möglichkeit einer Niederlage einkalkulieren und einen Plan B für eine solche Situation vorbereiten. Die PiS – sowohl als Partei als auch als Ansammlung von Menschen, die sie bilden – hat sich von Anfang an so verhalten, als ob ihre Macht über Polen ewig, bis zum Ende der Welt, andauern würde. Dieses Ende der Welt ist jedoch bereits am 15. Oktober 2023 eingetreten, und zwar nur für die Regierenden.

PiS verliert ihre Bremsen

Lassen Sie uns gleich acht Jahre zurückgehen. Es war im April 2016. Damals wurde das Programm „500 plus“ aufgelegt, das meiner Meinung nach einen Wendepunkt in der Wahrnehmung der Realität durch die PiS-Politiker darstellte.

Nun, beschlossen sie, dass die Erfüllung eines wichtigen und obendrein finanziellen Wahlversprechens ihnen die Gnade der ewigen Herrschaft sichern würde. Sie glaubten, dass sie in Polen ein klientelistisches System eingeführt hatten. Wir, die Regierung, geben euch etwas, den Bürgern, und deshalb solltet ihr, die Bürger, uns, der Regierung, ewig dankbar sein und diese Dankbarkeit bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen. So wird es immer funktionieren, denn kaum eine Partei hat jemals ihre Wahlversprechen erfüllt, und keine hat jemals euch Geld in die Hand gedrückt.

Im April 2016, als die ersten Geldtransfers begannen, begannen die von ihrem Erfolg berauschten PiS-Politiker die Bremsen zu verlieren.

Natürlich war die Arroganz der PiS, deren zahlreiche Eruptionen wir in den beiden Wahlperioden erlebt haben, nicht nur eine einfache Folge des Glaubens der Politiker an eine erfolgreiche Vasallisierung der Gesellschaft. Man hat den Eindruck, dass ein solches und nicht ein anderes Verhalten in der Natur vieler Menschen von diesem Lager lag. Schließlich hatten wir diese Arroganz, Rüpelhaftigkeit und Aggression bereits in Jahren 2005 bis 2007 beobachtet, ohne Schmiermittel der finanziellen Unterstützung für polnische Familien.

Die Arroganz der PiS-Macht

Doch in der nächsten Runde, nach den Wahlen 2015, wurde dies erheblich gesteigert. Alle Mittel und Worte waren erlaubt. Es gab keine Zurückhaltung bei der Vermehrung der Feinde und bei dem Hochmut, der bekanntlich immer vor dem Untergang kommt.

Immer wenn ich gehört habe, wie Politiker der Vereinigten Rechten nicht nur ihre politischen Konkurrenten, sondern auch ihre Wähler beleidigt haben, was bisher noch nie vorgekommen ist, habe ich darüber nachgedacht, wo ihr Selbsterhaltungstrieb geblieben seid.

Erstens, dass die PiS mit dieser Aktion einem großen Teil Polens deutlich gemacht hat, dass die Partei ihn nicht will und nicht braucht, und ihn so zu aktivem zivilen Widerstand (Proteste, Märsche) und – letztlich – zu einer Rekordbeteiligung bei den letzten Wahlen mobilisiert hat. Zweitens hat sie eine nicht nur in der polnischen Politik ungeschriebene Regel gebrochen, dass diejenigen, die zufällig auf den Oppositionsbänken sitzen, nicht übermäßig verfolgt werden, in der Hoffnung, dass nach dem Machtverlust auch die nächste Mannschaft uns die Gnade erweist.

Dennoch haben die PiS die Schraube angezogen. Sie hat zwar keine politischen Gegner inhaftiert, aber sie hat sie genug schikaniert, um eine Revanche zu bekommen. Oder mit anderen Worten: Entschiedenheit. Die derzeitige Regierung ist entschlossen, die Sünden der PiS aufzudecken und dafür zu sorgen, dass die Schuldigen dafür bestraft werden, denn wenn die Sünden nicht bestraft werden, besteht die Gefahr, dass die Täter rückfällig werden. Und es ist zwingend notwendig, das Land vor einer Wiederholung der Art von Regierung zu schützen, die Kaczyński uns angetan hat.

Eine weitere Wende

Boshaftigkeit und Arroganz haben es an sich, dass sie sich nur langsam von einem Menschen lösen. Lange Zeit nach den Wahlen änderte sich bei den Politikern der PiS und der *Suwerenna Polska* nichts; sie verhielten sich sogar so, als ob sie die Dienste und die Staatsanwaltschaft immer noch unter ihrem Stiefel hielten und den eingebauten Sicherungen vertrauten (wie die Person von Dariusz Barski, dessen „Nichtabsetzung“ vom Posten des Staatsanwalts der PiS eine Garantie für weitere Kontrolle über die Ermittler und damit Straffreiheit geben sollte).

Doch so wie es im Frühjahr 2016 einen Wendepunkt gab, als sie größtenwahnsinnig wurden und die Arroganz eskalierte, gab es im Frühjahr 2024 einen weiteren Wendepunkt, nämlich den Einzug der Staatsanwaltschaft und der Agentur für innere Sicherheit in die Häuser der Politiker des *Suwerenna Polska*. Plötzlich wurde das, was sie in ihrer Fantasie nicht als mögliches Szenario zugelassen hatten, zur Realität.

Die eilig einberufenen Pressekonferenzen versuchten noch, den gewohnten Stil beizubehalten, doch in den anschließenden Einzelinterviews, etwa von Zbigniew Ziobro für Polsat News oder Michał Wójcik für Tok FM, aber auch in einigen der Anhörungen vor den Untersuchungsausschüssen, ist ein grundlegender Wandel zu spüren.

Der Ton wurde leiser. Zweifel und Unsicherheit sind an die Stelle des Hochmuts getreten. Die Arroganz ist der Angst gewichen – was wird ans Licht kommen, welche Anschuldigungen werden erhoben, welche Verantwortung wird kommen. Schock und Verwunderung, weil das ja nicht vorgesehen war. So sollte es nicht sein.

Zsfg.: JP

<https://natemat.pl/550847,lewicka-zmiana-tonu-politycy-pis-jakby-mniej-aroganczy-czyzby-sie-bali>

Russland spielt Roulette mit Europa. Es nutzt die Tatsache aus, dass wir die aufeinanderfolgenden Krisen nicht aufgearbeitet haben



Quelle: wyborcza.pl

Interview mit Dr. Kacper Rękawek - Experte für Terrorismusbekämpfung, Senior Fellow des Think-Tanks International Centre for Counter-Terrorism in Den Haag.

Sie haben mit einer Gruppe anderer europäischer Experten die Verbindungen zwischen Russland und der europäischen extremen Rechten untersucht. Die wichtigsten Schlussfolgerungen?

Dr. Kacper Rękawek: Beginnen wir mit der Tatsache, dass Putins Russland zu dem Zeitpunkt, als er an die Macht kam, rechtsextremen Kreisen gegenüber keineswegs positiv eingestellt war. Die Entscheidung, auf die Rechtsextremen zu setzen und sich international als eine Art Sprachrohr für solche Einstellungen zu verkaufen, insbesondere im Hinblick auf die so genannten „traditionellen Werte“, fiel zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Damit ist die Theorie widerlegt, dass die Russen alles im Griff haben, dass sie aufgeholt haben, dass sie drei Schritte voraus sind. Dieser Umschwung in Moskau wurde teilweise durch die Proteste der Demokraten gegen die Rückkehr Putins ins Präsidentenamt ausgelöst. Dann erwies sich diese gereifte Idee, die man sich schon früher angeschaut hatte, als attraktiv.

Bereits zuvor - auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 - hatte Putin seine neue, aggressive Vision einer neuen geopolitischen Ordnung dargelegt.

Ja, und später kamen die weiteren Schritte. Die Hinwendung zur extremen Rechten und die Übernahme einer Art Patronat fallen in die Zeit der oben erwähnten Proteste und sind eine Reaktion auf die Enttäuschung über einen Westen, der Russland nicht erlaubt hat, sich an den Tisch der Gleichen zu setzen

und die Welt mitzubestimmen. Diese Zeit wurde von Witold Jurasz, der zuvor in Moskau war, in seinem Buch gut beschrieben. Er nahm an Konferenzen teil, bei denen jeder vormittags vorgab, ein Liberaler zu sein, und nachmittags, zur extremen Rechten zu gehören. Auf seine Frage, was das solle, erhielt er die Antwort, dass „der Käufer sich noch nicht für eine Ideologie entschieden habe“. Es scheint so, als ob Putin ein ganzes Jahrzehnt dafür gebraucht hat. Aber eines hat er nicht geändert: Russland befindet sich im politischen Krieg mit uns - und sagt das auch offen. Das bedeutet, dass es mit jedem zusammenarbeiten wird, der ein destabilisierender Faktor ist. Früher unterstützten sie die extreme Linke, was für sie selbstverständlich war. Damals wussten sie nicht so recht, mit wem sie zusammenarbeiten sollte, sie hatten kein Geld, sie steckten in einer Krise und konnten sich nicht entscheiden, welchen Weg sie einschlagen sollten.

Was die derzeit geförderten Milieus anbelangt, so ist zu betonen, dass es von Land zu Land erhebliche Unterschiede gibt. Denn die genannten destabilisierenden Faktoren haben überall eine andere Farbe. Zugleich zeichnen sich aber auch bestimmte Muster ab. Über diese schreiben wir in den Schlussfolgerungen unseres Buches „Russia and the Far-Right. Insights from Ten European Countries“. Wir haben 10 Länder untersucht: neun EU-Länder plus Serbien. Das gibt einen recht guten allgemeinen Überblick. In Polen spricht man vor allem über zwei Muster. Dass die Russen jemanden bestochen haben, indem sie ihm zum Beispiel Geld geliehen haben, was durch das berühmte Foto von Putin und Marine Le Pen beim Händeschütteln symbolisiert wird, mit einem Darlehen Russlands an der Front National im Hintergrund, und dass der FSB und andere russische Spezialdienste verschiedene europäische Organisationen infiltrieren.

Das passiert natürlich, aber es gibt auch andere Arten, Wege. Es ist von grundlegender Bedeutung, dass Russland destabilisierende Akteure, manchmal sogar Einzelpersonen, davon überzeugt, dass es tatsächlich viel mit ihnen gemeinsam hat. Ihr verteidigt Familienwerte - wir auch. Ihr mögt LGBT+ nicht - wir auch nicht. Ihr seid für die Ehe und die Familie - wir auch. Und so weiter. Wir können in diesem Bereich zusammenkommen und die Zusammenarbeit auf andere Bereiche ausweiten. Gefällt Ihnen eine von den Vereinigten Staaten dominierte Welt nicht? Wir wollen eine multipolare Welt. Sie suchen nach einer Art von Werten, die theoretisch nicht bedeuten, dass ein solcher Europäer direkt sagen würde: Ich bin für die russische Expansion.

Es besteht eindeutig eine große Diskrepanz zwischen der vom Kreml verbreiteten Vision und der Realität des Lebens in Russland.

Dies zeigte sich beispielsweise bei der groß angelegten Aggression gegen die Ukraine, als ein großer Teil der westeuropäischen nationalistischen Kreise, für die Putin der Beschützer der Familie und der „weißen Gesellschaft“ war, erschrocken darüber war, dass die Russen Kyjiw mit Truppen angegriffen hatten, die aus Tschetschenen und Russisch-Asiaten bestanden, die die Stadt zudem unter der Flagge der UdSSR angriffen. Um auf unsere Berechnung zurückzukommen, ist der Fall der, sagen wir, Tschechoslowakei interessant. Dort gibt es eine Art ideologische Gemeinschaft, die nicht so sehr auf „traditionellen, familiären“ Werten beruht, sondern auf einem Postsowjetismus und dem Panslawismus. Organisationen in der Tschechischen Republik und der Slowakei, die Russen mögen, wären oft entsetzt, wenn wir sie als rechtsextrem bezeichnen würden. Sie sagen, sie seien links. Fragt man sie aber nach ihren Ansichten über Einwanderer, Muslime, Schwule, Feministen, Liberalismus und die Vereinigten Staaten, so stellt man plötzlich fest, dass es sich um rechtsextreme Ansichten handelt.

Die Diaspora in den europäischen Ländern spielt eine wichtige Rolle. Wenn es geschäftliche Verbindungen gibt, im Bereich der Kultur, des Studentenaustauschs, unterstützen sie sehr oft den russischen Einfluss. Russen erhalten Aufträge, die nicht einmal unbedingt von den Geheimdiensten kommen. Es gibt viele 'Kuratoren' des Einflusses, wie man in Russland sagt. Wir haben den Eindruck, dass alles schön synchronisiert ist und von einer Hand gesteuert wird. Wenn wir jedoch konkrete Fälle analysieren, stellen wir fest, dass viele Akteure ihren eigenen Weg gehen. Sie versuchen, die Menschen mit einer Angel zu fangen: Kommt nach Russland, ihr werdet mit uns Geschäfte machen. Oder: Wir werden euch einige Lizenzen und Konzessionen gewähren. Oder: Wir nutzen die Tatsache aus, dass Ihr Vater, Ihr Bruder, Ihr Onkel einmal in Moskau waren, vielleicht dort studiert haben oder mit uns Geschäfte gemacht haben. Manch einer wird sagen, dass dies eine klassische Geheimdiensttätigkeit sei. Bis zu einem gewissen Grad

sicherlich, aber nicht nur. Die Oligarchen, die Vertreter der Quasi-Oppositionsparteien in Moskau, wie die Kommunisten oder die Nationalisten, sind ebenfalls beteiligt. Auch sie sind in ein Netz von expandierendem Einfluss verstrickt.

Vor ein paar Wochen habe ich dies in der Lokalpolitik des Staates New York beobachtet, wo es in der Republikanischen Partei einige Politiker russischer Herkunft gibt. Seltsamerweise sträuben sie sich dagegen, dass sich die USA in das Weltgeschehen einmischen und der Ukraine helfen.

In den USA ist das wahrscheinlich besser möglich, weil diese Leute weiter vom Hauptsitz entfernt sind. In Europa hingegen verbringen sie oft die Wochenenden in Moskau. Und wenn sie zurückkommen, bauen sie Beziehungen auf und sind lokale Kuratoren verschiedener Initiativen, russischer Kulturinstitute, Freundschaftsvereine und so weiter...

Wir schreiben über die extreme Rechte, aber in Spanien gab es zum Beispiel eine sehr aktive Organisation mit einem neostalinistischen Profil, die in die Kreise der extremen Linken eindrang, weil diese von Natur aus pro-russisch waren. Mit der Zeit entstanden in Europa rechtsextreme Kreise, die mit Russland sympathisieren. Allerdings muss man sich darüber im Klaren sein, dass sie historisch gesehen eine sehr ambivalente Haltung gegenüber Russland hatten. In Frankreich zögerte Jean-Marie Le Pen, weil er keine Sympathie für die kommunistische UdSSR empfand. Etwas Anderes ist es mit dem antiamerikanischen Russland. Das Gleiche gilt für die italienischen und spanischen Nationalisten.

Wir müssen auch die unglaubliche Arbeit der russischen Medien und das russische Sponsoring der Desinformation, der alternativen Informationsszene, der Schaffung einer alternativen Medienrealität erwähnen. Ein beliebter Trick ist es, Politiker zu Wort kommen zu lassen, die, wie man so schön sagt, nicht in die Mainstream-Medien eingeladen werden. In der Tat tun die Russen dies in jedem Land Europas und schaffen eine Fülle von alternativen Realitäten, in denen sich solche Politiker tummeln.

Die Abschaltung von Sputnik [Russlands Nachrichtenagentur] ist ein guter Schritt, aber es gibt viele konspirative Alternativen, die während der Pandemie aufgeblüht sind, und die Russen treiben ihr Narrativ durch sie voran. Natürlich muss man in verschiedenen Sprachen und kulturellen Kontexten verschiedene Töne anschlagen - bei den Tschechen und Slowaken muss man mit dem Panslawismus spielen, bei den Österreichern mit der Neutralität, bei den Deutschen mit Rhetorik wie 'ihr habt im zweiten Weltkrieg so schreckliche Dinge getan, ihr seid uns etwas schuldig', 'warum sollten wir kämpfen, ein Europa von Wladiwostok bis Lissabon'. Es ist eine subtile Botschaft, dass wir die USA nicht brauchen, wenn wir zusammen sind.

Wir haben mit Russland begonnen, jetzt wollen wir ein paar Worte über seine europäischen Partner sagen. Obwohl ich vielleicht sagen sollte: Kunden.

Die Russen arbeiten gern mit den nicht ganz Extremen zusammen, mit Leuten, die eine Chance haben, ins Parlament zu kommen, Einfluss auf die Regierung, die Politik und die Mittelschicht nehmen können, die den Ton in einem Land angibt. Darum geht es bei der Zusammenarbeit mit Leuten wie Marine LePen. Es geht um Milieus, die vor Gewalt zurückschrecken, die die Bedeutung der Demokratie und des Volkswillens betonen, die sich dem Mainstream angeschlossen haben.

Nicht, dass sie vor der extremen Rechten zurückschrecken. Die Russen sagen, dass die ukrainischen Nationalisten mit den extremen Kräften in Westeuropa unglaublich befreundet sind, und wir sind es nicht. Nichts davon ist richtig. In Schweden haben sie die Russische Kaiserliche Bewegung, eine Organisation mit Sitz in St. Petersburg, die jetzt auf der Liste der terroristischen Organisationen in den USA steht, de facto beauftragt, sich mit der größten aktivistisch-quasi-terroristischen rechtsextremen Bewegung, dem Nordischen Widerstand, anzufreunden. Dies geschieht nicht durch einen russischen Minister oder einen Diplomaten, sondern es gibt eine NGO, die einen solchen Auftrag erhält.

Das zweite Beispiel ist der unglückliche Angriff der Falangisten auf das ungarische Kulturzentrum in Uzhhorod, den wir im polnischen Kapitel des Buches beschrieben haben. Den Angreifern selbst zufolge war ihr Anstifter ein deutscher „Journalist“ und Assistent eines Abgeordneten der deutschen

rechtsextremen und pro-russischen AfD, Manuel Ochsenreiter. Er war es, der die Attentäter bezahlt haben soll.

Und jetzt sehen Sie - aus russischer Sicht ist das doch eine großartige Situation, denn Moskau kann leicht sagen: Wir waren es nicht, wir hatten nichts damit zu tun. Erst der deutsche Journalist, die polnischen Militanten, das ungarische Ziel in der Ukraine - all das gibt Russland die Distanz, die es so dringend braucht, um sich von den Vorwürfen zu distanzieren, diesen Anschlag vorbereitet zu haben.

Ein weiteres Beispiel: Einladung des Anführers der größten paramilitärischen Organisation der Slowakei zur Ausbildung nach Russland und Entsendung von Ausbildern in die Slowakei. Der russische Ansatz ist gewissermaßen von Maos Worten inspiriert: Lasst hundert Blumen blühen. Wir werden es ein bisschen wie im Casino beim Roulette versuchen: ein paar Chips hier, ein paar Chips dort. Natürlich wird Marine LePen am sichtbarsten sein, aber es gibt dort eben auch viele Kräfte mit einem gewalttätigen und terroristischen Profil.

Welche dieser Dimensionen ist am bedrohlichsten?

Auf europäischer Ebene konzentrieren wir uns zu oft auf die Gewalttäter. Aber wir müssen uns sagen, dass die rein terroristischen Aktionen der extremen Rechten in den letzten Jahren in Europa auf einem niedrigen Niveau sind. Vor ein paar Jahren, als es Anschläge in Christchurch in Neuseeland gab, dachten wir, wir würden von einer Welle ähnlicher Dinge überschwemmt werden. Da war etwas, aber das viel größere Problem ist, dass wir die Kräfte der radikalen Rechten in jedem Land de facto normalisiert haben. Vielleicht ist das unsere Wählerschaft, ok. Aber diese Kräfte signalisieren deutlich, dass sie einen weitreichenden gesellschaftspolitischen Reset in Europa anstreben. Und das fängt an, problematisch zu werden. Sie sagen, wir müssen diesen sprichwörtlichen Käfig, dieses Aquarium, wie man es auch nennen mag, aufrütteln. Problematisch wird es, wenn diese politischen Kräfte offen sind für die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung durch Akteure wie Moskau, das behauptet, es befinde sich im Krieg mit uns. Was lassen wir wirklich zu?

Wie hat die Invasion Russlands in die Ukraine das Kalkül dieser Kräfte verändert?

Kurzfristig hat sich eine Art politische Korrektheit in der Art und Weise herausgebildet, wie die extreme, radikale Rechte ihre bestimmten Gedanken oder Entscheidungen kommuniziert. Wenn man jedoch an der Fassade kratzt und hinter den Vorhang schaut, hat sich an dem politischen Modell, dem diese Parteien folgen - autoritärer, nativistischer, fremdenfeindlicher - nichts geändert. Russland ist nach wie vor dem Bezugspunkt. Und wenn Sie diese Leute fragen, wer schlimmer ist: Brüssel, Washington oder Moskau, würden sie Moskau wohl nicht an die erste Stelle setzen. Ich glaube, viele von ihnen sehen den Krieg zwischen Russland und der Ukraine als eine Art Geräusch an und denken, es wäre gut, wenn er beendet würde.

(...)

Hat Europa in den letzten 10-15 Jahren etwas gelernt? Sind wir in der Lage, besser damit umzugehen?

Es fehlt noch viel. Das Problem ist, dass es in der Mitte Europas eine Reihe von politischen Kräften gibt, die Europa so sehr hassen, dass sie gegen Gespräche immun sind: Die Russen manipulieren euch. Dann werden sie immer antworten: und ihr werdet von den Amerikanern oder Brüssel manipuliert. Wir haben sicherlich die sprichwörtlichen Krallen des russischen Einflusses gestutzt. Wir sollten besser erkennen, wo sie sind.

Wir sind jedoch noch immer nicht zu einer grundsätzlichen Entscheidung darüber gelangt, wie das Projekt Westen aussehen soll. In der Tat zittern wir bei jeder Wahl um seine Zukunft. Dieses Jahr werden wir um die Vereinigten Staaten zittern. Dann um Frankreich, Deutschland, und so weiter. Wenn es Leute gibt, die 20 bis 30 % der Stimmen bei Wahlen gewinnen und sagen, dass sie am liebsten einen Reset im politischen System eines Landes durchsetzen würden, dann liegt das Problem nicht so sehr bei den Russen, sondern bei uns. Russland nutzt lediglich die Tatsache aus, dass wir die Realität nach 1989, die Realität nach 2001,

die Wirtschaftskrise von 2008 oder die Migrationskrise von 2015 noch nicht verarbeitet haben. Und das macht es sich geschickt zunutze.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30868543,ekspert-rosja-gra-z-europa-w-ruletke-zeruje-na-tym-ze-nie.html>

Wir sind vom Krieg bedroht und Europa wird von Buchhaltern regiert



Quelle: kulturaliberalna.pl

Interview mit **Toomas Hendrik Ilves**, Präsident von Estland von 2006 bis 2016, von **Jakub Bodziony**

Jacob Bodziony: Haben Sie Angst vor dem Krieg?

[...]

Ich habe keine Angst. Ich halte einen Angriff Russlands auf einen der NATO-Mitgliedsstaaten zwar nicht für wahrscheinlich, aber durchaus für möglich. Meine Angst ist, dass die NATO nicht angemessen reagieren wird.

Donald Tusk behauptet, wir würden in Vorkriegszeiten leben.

Ich habe in den letzten Jahren oft gesagt, dass die Ära nach dem Kalten Krieg, die letzten 35 Jahre, wie auch immer wir sie nennen, bereits zu Ende ist. Wir haben noch keinen Namen für diese nächste Periode gefunden - ich bin Donald Tusk dankbar, dass er dieses Problem gelöst hat.

Seit 2008, als Russland in Georgien einmarschierte, leben wir in einer Illusion von Sicherheit. Damals haben wir nicht angemessen reagiert. Nicolas Sarkozy, der damalige Präsident Frankreichs, leitete eine neue Phase der Zusammenarbeit und Partnerschaft mit Russland ein, und ein Jahr später leitete Barack Obama den „Washington-Moskau-Reset“ ein.

Später, im Jahr 2014, eroberte Russland die Krim und die Vereinigten Staaten lehnten militärische Hilfe für die Ukraine während des Donbass-Krieges ab. Wladimir Putin wurde für seine Politik nicht bestraft.

Russland wurde nach der Annexion der Krim mit westlichen Sanktionen belegt.

Ja, und zur gleichen Zeit baute Westeuropa Nord Stream II, lebte in einer Art La-La-Land, sang „Kumbaya“ und tat so, als sei im Grunde nichts passiert. Nur die Falken aus Osteuropa beschwerten sich über Russland - aber das war kein Grund zur Sorge.

[...]

Und was ist unsere Antwort darauf?

Bislang keine. Polen oder Estland erhöhen ihre Verteidigungsausgaben, aber Westeuropa nicht. Stattdessen weigert sich Bundeskanzler Olaf Scholz, der Ukraine Taurus-Langstreckenraketen zu schicken, angeblich aus Angst vor einer Eskalation.

Auch die Amerikaner haben Angst vor entschlossenerem Handeln.

Wir haben jetzt eine Ära der Anführer von kleinem Kaliber, denn dreißig Jahre lang brauchten wir keine echte Führung. Das waren und sind Leute, für die der Gipfel des Möglichen darin bestand, für die griechischen Schulden zu bürgen. Selbst wenn sie den Ernst der Lage erkennen, sind sie nicht in der Lage, die richtigen Entscheidungen zu treffen.

[...]

Es hat jedoch ein deutliches Umdenken in Europa in Bezug auf Russland stattgefunden. Früher galten die Länder unserer Region als russenfeindlich, heute sind wir Russorealisten.

Wir hatten unsere Erfahrungen und Beweise, aber kaum jemand wollte uns zuhören - auch mir wurde immer wieder vorgeworfen, ich sei russophob. Das hat sich bis heute nicht geändert. Schauen Sie sich nur das Foto von der Unterzeichnung des Nordstream-II-Abkommens an, auf dem Mark Rutte, der ehemalige niederländische Premierminister und wahrscheinlich der nächste NATO-Generalsekretär, breit lächelt.

In der Zwischenzeit wurde die kompetente Kandidatur von Kai Kallas, Ministerpräsident von Estland, von Frans Timmermans, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, als zu riskant angesehen. Timmermans erklärte, dass der Generalsekretär der NATO nicht aus einem Land kommen sollte, das „an Russland grenzt“. Dies ist ziemlich überraschend, wenn man bedenkt, dass Jens Stoltenberg, der das Amt am längsten in der Geschichte innehat, aus Norwegen stammt. Dies zeugt von Ignoranz, Dummheit und Vorurteilen gegenüber Ost- und Mitteleuropa.

[...]

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) warnt davor, dass es bereits in drei Jahren zu einer Konfrontation zwischen Russland und der NATO kommen könnte.

Nun, ja, aber sie sind nicht diejenigen, die das Land regieren, also gibt es keinen Grund, auf sie zu hören. Das Militär kann Alarm schlagen, aber die Macht liegt in den Händen von Menschen ohne politischen Mut.

[...]

Es ist möglich, dass der Weckruf für den Westen ein Zwischenfall mit einem NATO-Land sein wird. Aber selbst in diesem Fall bin ich nicht davon überzeugt, dass beispielsweise die deutsche Reaktion angemessen sein wird.

Glauben Sie, dass die Gefahr einer russischen Invasion real ist? In einem konventionellen Krieg ist Russland der NATO nicht gewachsen.

Hier geht es jedoch nicht um einen konventionellen Krieg, sondern um die Prüfung der Glaubwürdigkeit des Bündnisses. Wenn sich das Bündnis in einer Krisensituation, in der Artikel 5 der NATO ausgelöst wird, nicht der Situation gewachsen zeigt, wird es auseinanderfallen. Das bedeutet einen Sieg für Russland.

Es ist nur so, dass Wladimir Putin seit zwei Jahren nicht in der Lage ist, die Ostukraine zu erobern. Vielleicht halten deshalb einige Analysten seine Drohungen gegenüber der NATO und seine Prognosen über eine Konfrontation mit dem Bündnis für unrealistisch.

Der Westen wendet eine Strategie der Selbsteinschüchterung an, bei der er sich aus Angst vor einer nuklearen Erpressung durch Russland selbst vom Handeln abhält. So war es auch 1938, obwohl ich denke, dass die aktuelle Situation in gewisser Weise bedrohlicher ist.

[...]

Ist die Niederlage der Ukraine Ihrer Meinung nach also nur eine Frage der Zeit?

Das Schicksal der Ukraine ist die größte völkermörderische Tragödie in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Westen ist dafür mitverantwortlich.

Währenddessen ist die Vision des Sieges einfach – die Russen ziehen sich aus der Ukraine zurück, zahlen Reparationen und die für Kriegsverbrechen Verantwortlichen werden vor Gericht gestellt.

Und die Krim kehrt zur Ukraine zurück?

Die Rückgewinnung der Krim ist strategisch wichtiger als die Donbass-Gebiete. Wenn die Halbinsel in russischer Hand bleibt, wird sie für Russland ein unsinkbarer Flugzeugträger und eine ständige Bedrohung für die Ukraine sein.

Die Vision ist zwar einfach, aber nicht sehr realistisch.

Nur wenn wir die politischen Horizonte der derzeitigen deutschen, amerikanischen oder niederländischen Führung berücksichtigen. Wir haben die Mittel, um dieses Szenario zur Ausgangsbasis für die Ukraine zu machen.

Ich muss Emmanuel Macron zugutehalten, dass er endlich den Ernst der Lage erkannt hat - und seine Politik gegenüber Russland geändert hat.

[...]

Sicherlich gibt es auch eine Portion Opportunismus und den Wunsch, das von Berlin und Washington hinterlassene Entscheidungsvakuum zu füllen. [...]

Abgesehen von Polen, den baltischen Staaten und Nordeuropa ist Frankreich das einzige Land, das die russische Bedrohung sehr ernst nimmt. Leider gibt es außer Macron niemanden mehr.

Wie bewerten Sie die Äußerungen des französischen Präsidenten, dass die NATO die Möglichkeit einer direkten Intervention in der Ukraine in Betracht ziehen sollte? Die politischen Führer der Mitgliedsstaaten des Bündnisses haben sich fast einstimmig von dieser Idee distanziert.

Ich denke, Macron hat Recht. Es gibt sehr viele militärische Aktivitäten, abgesehen vom direkten Beschuss der Russen, die NATO-Soldaten durchführen können. [...]

Ich freue mich darüber, aber wir sind zu klein und zu arm, als dass unsere Unterstützung über den Ausgang des Krieges entscheiden könnte.

Leider ist das große, unverantwortliche und unfähige Deutschland ein Teil unserer Tragödie. Ich muss zugeben, dass ich früher von der PiS mit ihren heftigen antideutschen Ansichten irritiert war. Diese Politik wurde auf äußerst dumme Art und Weise betrieben, weil Jaroslaw Kaczynski Deutschland gegen sich aufbringen wollte, was ein Fehler war. Das schiebt aber die Verantwortung nicht von Berlin ab. Es ist notwendig, laut und offen darauf hinzuweisen, was sie tun oder besser gesagt, was sie nicht tun wollen.

OK, aber Macron wurde in der Vergangenheit auch heftig für seine Naivität und Unterwürfigkeit gegenüber Russland oder seine Gespräche mit Wladimir Putin kritisiert. Vielleicht verwenden wir nur Argumente, die die Deutschen nicht überzeugen?

Ich bin anderer Meinung. Es ist keine Frage des intellektuellen Arguments, es ist eine Frage des Mutes, der ihnen fehlt. Einfach ausgedrückt.

Hinzu kommt das Problem, in einer parallelen Realität zu operieren. Ein Teil der deutschen Führungsschicht und der Wirtschaft glaubt, dass sie in Zukunft wieder lukrative Wirtschaftsverträge bekommen können, wenn sie sich nicht zu sehr antirussisch verhalten. Sie können nicht akzeptieren, dass Russland noch viele Jahre lang kein Land sein wird, mit dem normale Wirtschaftsbeziehungen möglich sind.

Carl Bildt, ehemaliger schwedischer Ministerpräsident, sagte mir, dass eine Rückkehr zum *business as usual* in den Beziehungen zu Russland auf Jahrzehnte hinaus unmöglich sein wird.

Und er hat Recht! Dies ist ein Beispiel für das Wunschenken eines Teils der deutschen Wirtschaftselite und derjenigen, die der SPD nahestehen, der Partei, aus der der derzeitige Bundeskanzler kommt.

Die deutsche Annäherung an Russland wird manchmal mit einer Gemeinsamkeit der imperialen Traumata erklärt. Die Deutschen glauben, dass die Russen, da sie in der Lage waren, ihre Nazi-Vergangenheit zu überwinden und eine stabile, liberale Demokratie aufzubauen [auf Deutsch *Vergangenheitsbewältigung*], ebenfalls dazu in der Lage sind. Und Berlin sieht in sich selbst einen Wegweiser auf diesem Weg.

Dies ist ein Argument voller Überschätzung. Wollen Sie wissen, warum Deutschland den Nationalsozialismus besiegt hat? Weil es von ausländischen Truppen besetzt war! Ihr Grundgesetz wurde von einem amerikanischen General geschrieben und ihnen übergeben - also lassen Sie uns mit diesem Schwachsinn über die Überwindung und das Lernen aus einer schwierigen Vergangenheit aufhören! Ich kann mich nicht erinnern, dass die Deutschen ihre Vergangenheit in den baltischen Staaten oder gar in Polen vollständig aufgearbeitet haben. Wissen Sie, warum Bundeskanzler Helmut Kohl zwischen 1991 und 1998 die baltischen Staaten nicht ein einziges Mal besucht hat? Weil er befürchtete, die Russen damit zu verärgern.

Wiederum sagte Frank-Walter Steinmeier schon als Bundespräsident im Jahr 2021, die Gaspipeline Nordstream II sei die Entschädigung Deutschlands an Russland für die Verbrechen der Nazis. Und doch starben Weißrussen, Polen und Ukrainer proportional gesehen am meisten durch die Hand der Nazis. Auf dem Territorium dieser Länder, nicht in Russland, fanden die schwersten Kämpfe statt, wie Timothy Snyder in „Bloodlands“ beschreibt. Warschau und Kiew protestierten gegen Nordstream, aber die Deutschen hielten sich ja schon immer für klüger als irgendwelche Osteuropäer.

Ich kenne die Geschichten, Steinmeier hat zugegeben, dass er sich in dieser Frage geirrt hat und seine Meinung nach Russlands Einmarsch in der Ukraine geändert hat.

Aber die Stimmung in der deutschen Elite, insbesondere im Umfeld von Olaf Scholz, hat sich nicht geändert.

[...]

Inzwischen sind Schweden und Finnland in den letzten zwei Jahren dem Bündnis beigetreten. Damit ist die Ostsee fast zu einem NATO-internen Gewässer geworden, und das Bündnis hat zwei Länder mit modernen und gut ausgebildeten Streitkräften gewonnen.

Aus der Sicht Estlands und der anderen baltischen Staaten ist dies eine Schlüsselfrage. Früher hätte eine Isolierung der sogenannten Suwałki-Lücke dazu geführt, dass wir von anderen NATO-Staaten abgeschnitten gewesen wären. Jetzt ist dies unmöglich, und mit Unterstützung der schwedischen Marine oder der finnischen Luftwaffe, die über F-35-Kampffjets verfügt, ist es möglich, den Finnischen Meerbusen, der zwischen Finnland, Estland und Russland liegt, vollständig und schnell zu isolieren.

Dies erhöht unsere Sicherheit und stellt eine solide Abschreckung für Moskau dar, das mit einer starken Reaktion rechnen kann, wenn auch nicht unbedingt von der NATO als Ganzes.

[...]

Biden bekräftigt immer wieder, dass jeder Zentimeter des NATO-Gebiets mit der vollen Kraft des US-Militärs verteidigt werden wird.

Es ist wahr. Er sagt es so.

Aber das sind nicht nur Worte. Sie haben selbst gesagt, dass es nur einen einzigen Fall braucht, in dem die Glaubwürdigkeit des Bündnisses in einer Krisensituation zusammenbricht, damit die NATO auseinanderfällt. Genau dasselbe Prinzip gilt für die Vereinigten Staaten gegenüber Verbündeten wie Japan und Taiwan.

In der Tat, aber die Innenpolitik wird immer Vorrang vor internationalen Verpflichtungen haben. Warum also warnen die Amerikaner die Ukrainer davor, russische Raffinerien zu beschießen?

Denn dadurch könnten die Kraftstoffpreise auf dem Höhepunkt des US-Wahlkampfes steigen.

Nun, die nationale Politik wird sich immer durchsetzen.

Zsfg.: JP

<https://kulturaliberalna.pl/2024/04/09/byly-prezydent-estonii-grozi-nam-wojna-a-europa-rzadza-ksiegowi-toomas-ilves/>

Wenn wir der Ukraine nicht helfen, werden wir den Krieg bei uns haben



Quelle: wyborcza.pl

Von **Bartosz T. Wieliński**

Warum gelingt es den Russen, ungestraft so kritische Anlagen wie das Kraftwerk Trypillja oder die Wasserkraftwerke bei Czernowitz und Tscherkassy anzugreifen?

Die russische Propaganda zeigt mit Freude Flammen, die aus den Ruinen des Trypillja-Kraftwerks in der Nähe von Kyjiw schlagen. Es ist der größte Stromlieferant in der Region Kyjiw. Seine mit Kohle betriebenen Generatoren erzeugten 3,5 Gigawatt Energie (das ist mehr als die Hälfte der Kapazität des Kraftwerks Bełchatów). Die Russen haben es mit Marschflugkörpern und Drohnen beschossen. Die Zerstörung ist katastrophal. Das Trypillja-Kraftwerk ist nicht mehr in Betrieb.

Vor einem Jahr staunten wir über die Effizienz der ukrainischen Soldaten, die die von den USA, Deutschland und den Niederlanden entsandten Patriot-Flugabwehrraketen bedienten. Keine sprichwörtliche Maus konnte sich über ukrainisches Gebiet schleichen. Die Russen beschlossen, ihre fortschrittlichste Waffe gegen die Verteidiger einzusetzen, die Korschal-Raketen, die sich mit achtfacher Schallgeschwindigkeit fortbewegen, aber die Patriot-Operatoren verfolgten auch diese Raketen und zerstörten sie eine nach der anderen. Was machen sie jetzt? Warum gelingt es den Russen, ungestraft so wichtige Einrichtungen wie das Trypillja -Kraftwerk oder die Wasserkraftwerke bei Czernowitz und Tscherkassy zu treffen?

Blockade im Repräsentantenhaus

Die ukrainische Luftabwehr hat nichts, womit sie schießen könnte. Der Vorrat an westlichen Raketen geht zur Neige, einige der Abschussgeräte sind verschlissen, und es gibt Berichte, dass mindestens ein Patriot-Raketenwerfer zerstört worden ist. Und Russland überschüttet die Ukraine ständig mit Raketen und Drohnen, die aus dem Iran importiert werden. Besonders intensiv wird Charkiw bombardiert, eine Stadt direkt an der russischen Grenze, die wahrscheinlich bald das Ziel einer erwarteten russischen Offensive sein wird.

Der Mangel an Nachschub für die ukrainischen Soldaten, nicht zuletzt an Flugabwehrraketen, ist das Ergebnis einer monatelangen Blockade im US-Repräsentantenhaus, wo von Donald Trump abhängige Politiker der Republikanischen Partei verhindern, dass ein Militärhilfepaket für die Ukraine verabschiedet wird.

Als sich abzeichnete, dass der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, bereit war, unter bestimmten Bedingungen klein beizugeben und das Hilfspaket zur Abstimmung zu bringen, wurde er von der republikanischen Kongressabgeordneten Marjorie Taylor Greene angegriffen, die damit drohte, ihn aus dem Amt zu jagen. Dabei griff Greene zu Argumenten, die direkt aus russischen Propagandabotschaften stammten. Letztlich will Trump auf diese Weise Präsident Joe Biden vor der Wahl demütigen, der die Hilfe für die Ukraine als Staatsräson betrachtet. Und sollte er die Wahl gewinnen, will er seine zweite Amtszeit mit einem Erfolg beginnen. Er will den Krieg beenden, nur eben zu Russlands Bedingungen. Es ist ein teuflisches Spiel, dessen Regeln in kyrillischen Buchstaben geschrieben sind. Die russischen Verbindungen der Personen im Umfeld von Trump sind bekannt.

Europa muss handeln

Europa darf dem nicht tatenlos zusehen. Dank der Initiative des tschechischen Präsidenten Petr Pavel wurden in verschiedenen Ländern der Welt 800.000 Artilleriegranaten gefunden, aufgekauft und an die Ukraine geliefert. Auch Flugabwehrraketen und ganze Flugabwehrsysteme befinden sich in den Lagern der NATO und befreundeter Länder. Sie müssen gefunden und den Ukrainern so schnell wie möglich übergeben werden.

Denn wenn das düstere Szenario eintritt, in dem Trump in den USA gewinnt und eine in die Enge getriebene Ukraine zu einem demütigenden Waffenstillstand mit Russland zwingt, werden wir den Krieg bald bei uns haben. Putin wird sich schließlich nicht selbst aufhalten.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30879196,jesli-nie-pomozemy-ukrainie-bedziemy-miec-wojne-u-siebie.html>

Neue polnische Fäden in der Russiagate-Affäre. Ein ungarisches Portal, eine polnische Wochenzeitung und ein russischer Propagandist



Quelle: [oko.press](#)

Ungarische und tschechische Journalisten haben ein weiteres Nachrichtenportal aufgedeckt, das angeblich von Russland im Rahmen von Russiagate finanziert wird. Es handelt sich um die ungarische Visegrad Post. Sie hat bis zu vier polnische Partner, darunter das rechtsgerichtete Portal Do Rzeczy und das verwandte Portal Sovereignty.pl

Von **Anna Mierzyńska**

Die neuen Erkenntnisse sind ein weiterer Teil des europäischen Spionageskandals, der als „Russiagate“ bezeichnet wird. Es geht um die Aufdeckung eines pro-russischen Netzwerks durch tschechische Dienste, das von dem pro-russischen ukrainischen Oligarchen Viktor Medwedtschuk geleitet wird. Die Tschechen haben dies letzte Woche berichtet.

Das Netzwerk betrieb das Portal Voice of Europe, das russische Propaganda in Europa verbreitete. Außerdem soll es russische Gelder an europäische Politiker in mehreren Ländern, darunter Deutschland, weitergeleitet haben. Sein strategisches Ziel war es, die Ergebnisse der diesjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament zu beeinflussen.

Ungarisches Portal, polnische Partner

Wichtige neue Erkenntnisse:

1. Einer der Politiker, die verdächtigt werden, russische Gelder angenommen zu haben, ist der Abgeordnete **Peter Bystron** von der rechtsextremen und pro-russischen deutschen Partei AfD. Er selbst streitet dies ab.
2. Ungarische und tschechische Journalisten weisen darauf hin, dass es ein zweites Portal gab, das wie Voice of Europe angeblich mit russischen Geldern finanziert wurde. Es handelt sich um die ungarische **Visegrad Post**.
3. Die Visegrad Post hat vier offizielle polnische Partner: die Wochenzeitung Do Rzeczy, das dazugehörige Portal Sovereignty.pl, die Website Kurier Plus (im Besitz des Felczak-Instituts) und Forum Ekonomiczne.

4. Im Jahr 2021 war ein Agent des belarussischen KGB als Gast bei Forum Ekonomiczne, während ein russischer Publizist, Assistent eines deutschen AfD-Abgeordneten, eingeladen wurde, eine der Diskussionsrunden zu moderieren. Er wird nun verdächtigt, für Russland zu spionieren.
5. Die Wochenzeitung Do Rzeczy wurde seit Kriegsausbruch sogar von der polnischen Rechten beschuldigt, russische Propaganda zu verbreiten. Und ihr Chefredakteur Paweł Lisicki wird seit Jahren vom Ordo Iuris Institut unterstützt.

Peter Bystron leugnet

Der tschechische Dienst hat seine Erkenntnisse an Ermittler in sechs Ländern, darunter Deutschland, Polen und Ungarn, weitergegeben. Damit kommen weitere Fäden von „Russiagate“ ans Licht. In Deutschland steht ein Mitglied der rechtsextremen AfD-Fraktion, Peter Bystron, der in der Partei für die Außenpolitik zuständig ist, im Verdacht, russisches Geld angenommen zu haben. Inoffiziellen Berichten zufolge soll Bystron 25.000 Euro von einem pro-russischen Netzwerk angenommen haben. Bystron hat dies bestritten und fordert von den tschechischen Diensten die Herausgabe der Beweise (es soll eine Aufzeichnung seines Gesprächs geben).

Doch wie Politico.eu hervorhebt: „Behauptungen über Zahlungen an EU-Politiker, die letzte Woche erstmals vom tschechischen Außenministerium öffentlich gemacht und vom belgischen Premierminister bestätigt wurden, (...) scheinen die Befürchtungen zu bestätigen, dass Moskau ausgeklügelte Mittel einsetzt, um die öffentliche Meinung in der EU im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament zu beeinflussen.“

In Polen wird der Fall von der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) bearbeitet.

Von Anfang an gab es einen polnischen Faden, der sich durch Russiagate zog. Die Firma, die Voice of Europe herausgibt, war in Prag auf den Namen eines Polen, Jacek J., eingetragen. Diese Spur wurde von der polnischen ABW aufgegriffen. Die Wohnung des Mannes wurde durchsucht und er wurde verhört.

Wie OKO.press herausgefunden hat, war Jacek J. in Polen mit der pro-russischen Kamrac-Bewegung von Wojciech Olszanski verbunden. Online betrieb er eine Gruppe, die anti-ukrainische Inhalte verbreitete und den Bundestagsabgeordneten Ryszard Wilk unterstützte.

Vor einigen Jahren arbeitete Jacek J. im Büro für Regierungsschutz. Während seines Dienstes schützte er unter anderem die polnische diplomatische Vertretung in der ukrainischen Stadt Odessa. Wahrscheinlich lernte er dort seine Frau, eine Ukrainerin, kennen. Möglicherweise knüpfte er dort auch Kontakte zu den Personen, die jetzt das russische Spionagenetz aufgebaut haben.

Die ABW befragte auch einen zweiten Mann, der im Kreis der polnischen Europaabgeordneten aktiv gewesen sein soll. Dies ist ein wichtiges Element des Falles, da Mitglieder eines pro-russischen Netzwerks Geld an Europaabgeordnete gegeben haben sollen. Die ABW hat jedoch bisher keine Einzelheiten dazu mitgeteilt.

[...]

Zusammengefasst

Die Visegrad-Post, die im Verdacht steht, von Russland finanziert zu werden, hat vier polnische Partner, einen aus Frankreich und einen aus Ungarn.

Das französische Fernsehen verbreitet das russische Narrativ. Das ungarische Medium gehört der Partei von Victor Orbán, die die russlandfreundlichste Regierung in der Europäischen Union bildet.

Die drei polnischen Einrichtungen sind: Do Rzeczy, dem vorgeworfen wird, pro-russisch zu sein, ein englischsprachiges Portal, das mit demselben Milieu verbunden ist, und das Felczak-Institut, ein Medium, das mit Do Rzeczy zusammenarbeitet. Und Forum Ekonomiczne, das 2021 einen belarussischen KGB-Agenten empfing. Und ein Mitarbeiter eines pro-russischen AfD-Abgeordneten, der jetzt verdächtigt wird, für Russland zu spionieren, wurde eingeladen, ein Panel zu leiten.

Die Russiagate-Affäre offenbart Zusammenhänge, von denen wir bisher nichts wussten. Und dies ist wahrscheinlich nicht das Ende der Entdeckungen. In Polen warten wir immer noch darauf, von der ABW zu erfahren, mit welchen Europaabgeordneten der Mann, den sie befragt haben, in Kontakt stand und zu welchem Zweck.

Zsfg.: JP

<https://oko.press/polskie-watki-w-aferte-russiagate>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wikipedia.pl

„In polnischen Krankenhäusern ist es leicht, an die Reliquien zu kommen, aber es ist schwierig, Abtreibungen vorzunehmen, selbst wenn sie legal sind.“

Katarzyna Kotula - polnische Politikerin und Feministin. Seit dem 13. Dezember 2023 ist sie Ministerin für Gleichstellung im Kabinett Tusk

Quelle: <https://wyborcza.pl/relacje/14,126862,30877597.html#S.MT-K.C-B.1-L.1.duzy>

taz.de

Die Wut der Polinnen

<https://taz.de/Abtreibungsrecht-in-Polen!/6004010/>

euroactiv.de

Europawahl: Polnische Rechte fordern Posexit im Wahlkampf

<https://www.euractiv.de/section/europa-kompakt/news/europawahl-polnische-rechte-fordern-posexit-im-wahlkampf/>

welt.de

Wie die PiS das System Tusk aushebelt – und Europa Sorgen bereitet

<https://www.welt.de/politik/ausland/article250942562/Polen-Wie-die-PiS-das-System-Tusk-aushebelt-und-Europa-Sorgen-bereitet.html>

zdf.de

Kommunalwahlen in Polen: Drei Erkenntnisse

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ausland/polen-kommunalwahlen-pis-kaczynski-tusk-100.html>

taz.de

Kommunalwahlen in Polen: Große Kluft zwischen Stadt und Land

<https://taz.de/Kommunalwahlen-in-Polen!/6002811/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik